

Rede von AfD-Stadtrat Jörg Kühne zur Ratsversammlung am 22. August 2018 zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Nr. VI-A-05875:

„50. Jahrestag der Sprengung der Universitätskirche St. Pauli; Überprüfung des Stadtarchives nach historischen Dokumenten betreffs offener Fragen zur schriftlichen Erfassung und Verbleib der in der Kirche bestatteten Toten und deren Grabbeigaben“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Gäste, am 30. Mai dieses Jahres gedachten wir in der neuen Paulinerkirche der Sprengung von St. Pauli vor 50 Jahren.

Durch diese Kulturbarbarei der SED- Machthaber ging 1968 nicht nur unsere vom Krieg fast verschonte traditionsreiche Universitätskirche verloren, sondern auch zahlreiche Kunstschätze und Kulturgüter – Verluste für immer!

Engagierte Bürger retteten zwischen den Tagen des Beschlusses der damaligen Leipziger Stadtverordnetenversammlung vom 23. Mai 1968 bis zur Sprengung am 30. Mai 1968 einige Kunstgegenstände wie Epitaphien, Grabplatten, Kanzel und Altar.

Verloren gingen jedoch die Ruhestätten der etwa 800 zum Teil prominenten Toten, die in der Universitätskirche über Jahrhunderte ihre letzte Ruhe gefunden hatten. Der Verbleib der Toten und deren Grabbeigaben sind bis zum heutigen Tage unaufgeklärt.

Durch Zeitzeugen ist belegt, dass die Exhumierung der Toten in der Kirche stattfand. Während dieser wohl geheimen Aktion wurde von Zeugen beobachtet, dass Personen welche offenbar dem damaligen OBM zugeordnet waren, diese Vorgänge ausführlich protokollierten. Dies betraf sowohl die Aufzeichnung der Identität des jeweiligen Toten wie auch der Grabbeigaben. Nach damaligen DDR- Gesetzen war, jedenfalls nach unserer Kenntnis, der jeweilige Bürgermeister des Ortes für solche Aktionen zuständig, falls Exhumierungen oder Friedhofsaufösungen notwendig wurden.

Leider ist es bisher nicht gelungen, diese zweifelsfrei ausgefertigten Protokolle und andere schriftliche Aufzeichnungen einzusehen. Diese Schriftstücke unterlagen natürlich zu DDR-Zeiten strengster Geheimhaltung. Bis heute sind diese Unterlagen weder zugänglich noch auffindbar.

50 Jahre nach der Sprengung der Universitätskirche St. Pauli ist aus Sicht meiner Fraktion – auch aus Respekt vor der Kulturgeschichte unserer Stadt – eine aktuelle Überprüfung städtischer Unterlagenbestände im Stadtarchiv, im Hinblick auf die genannten Protokolle, vorzunehmen.

Der Standpunkt der Stadtverwaltung zu unserem AfD-Antrag beschreibt das gleiche Ziel mit der Einschränkung, dass die Prüfung erst nach dem Umzug des Stadtarchivs möglich ist und zum 4. Quartal 2019 vorliegen soll. Wir bitten daher den Verwaltungsstandpunkt zu unserem Antrag abzustimmen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Abstimmungsergebnis zum Verwaltungsstandpunkt: Mit großer Mehrheit angenommen, einige Enthaltungen, die Fraktion Bü90 / Grüne stimmte dagegen!